

Inhaltsübersicht

·Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XXV
Materialienverzeichnis.....	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Einleitung	1
1. Teil: Der wirtschaftlich Berechtigte und seine Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung	5
I. Phänomen der wirtschaftlichen Berechtigung und seine geldwäschereirechtliche Erfassung	5
A. Mögliche Divergenz von rechtlicher und wirtschaftlicher Zuordnung von Vermögenswerten.....	6
B. Pflicht der Bank zur Feststellung und Überprüfung des wirtschaftlich Berechtigten.....	9
C. Begriff(e) des wirtschaftlich Berechtigten	12
D. Zusammenfassung	16
II. Dreiecksverhältnis zwischen Bank, Kundin und wirtschaftlich Berechtigtem	16
A. Vertragsverhältnis zwischen Bank und Kundin	17
B. Innenverhältnis zwischen Kundin und wirtschaftlich Berechtigtem.....	17
C. Aussenverhältnis zwischen Bank und wirtschaftlich Berechtigtem.....	25
D. Zusammenfassung	46
III. Informationsbeschaffung durch den wirtschaftlich Berechtigten	48
A. Regelfall: Informationsbeschaffung im Innenverhältnis	48
B. Informationsbeschaffung im Aussenverhältnis.....	51
C. Zusammenfassung	72
IV. Ergebnisse zum 1. Teil.....	74

2. Teil: Grundlagen des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	79
I. Personendaten.....	79
A. Angaben	80
B. Personenbezug.....	81
C. Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit	85
D. Zusammenfassung	96
II. Bedeutung, Systematik und Zweck des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	97
A. Bedeutung des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts.....	97
B. Systematische Einordnung des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	98
C. Zweck des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	101
D. Zusammenfassung	101
III. Anwendungsbereich des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	102
A. Persönliche Anwendbarkeit.....	102
B. Sachliche Anwendbarkeit	103
C. Räumliche Anwendbarkeit	105
D. Zusammenfassung	107
IV. Gegenstand der Auskunft	107
A. «Ob» der Personendatenbearbeitung	107
B. Mindestinhalt der Auskunft	108
C. Generalklausel	115
D. Zusammenfassung	118
V. Einschränkung der datenschutzrechtlichen Auskunft	119
A. Einschränkungsnorm	120
B. Überwiegende Interessen Dritter	132
C. Offensichtlich unbegründetes oder offensichtlich querulatorisches Auskunftsersuchen.....	133
D. Überwiegendes Interesse des privaten Verantwortlichen	146
E. Zusammenfassung	149
VI. Modalitäten und Durchsetzung des Auskunftsrechts	150
A. Anforderungen an das Auskunftsbegehren.....	150
B. Modalitäten der Auskunftserteilung	153

C.	Gerichtliche Durchsetzung des Auskunftsrechts gegenüber Privaten.....	155
D.	Zusammenfassung	156
VII.	Ergebnisse zum 2. Teil.....	157
3. Teil:	Auskunftsrecht des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank nach Art. 25 nDSG.....	161
I.	Anwendbarkeit des Auskunftsrechts zwischen der Bank und dem wirtschaftlich Berechtigten	162
A.	Persönliche und sachliche Anwendbarkeit	162
B.	Räumliche Anwendbarkeit des Auskunftsrechts	165
C.	Zusammenfassung	168
II.	Gegenstand des Auskunftsrechts des wirtschaftlich Berechtigten	168
A.	Bearbeitete Personendaten des wirtschaftlich Berechtigten (Auswahl).....	169
B.	Weitere erfasste Informationen.....	185
C.	Zusammenfassung	190
III.	Einschränkung des Auskunftsrechts durch Art. 10a Abs. 1 GwG	191
A.	Art. 10a Abs. 1 GwG als Einschränkungsnorm	191
B.	Umfang der Einschränkung des Auskunftsrechts des wirtschaftlich Berechtigten durch Art. 10a Abs. 1 GwG	193
C.	Zusammenfassung	195
IV.	Einschränkung des Auskunftsrechts durch das Bankgeheimnis	196
A.	Problematik der Tauglichkeit von Art. 47 BankG als Einschränkungsnorm	196
B.	Prüfung: Art. 47 BankG als Einschränkungsnorm?.....	200
C.	Umfang der Einschränkung des Auskunftsrechts des wirtschaftlich Berechtigten durch Art. 47 BankG	212
D.	Ausnahmsweise: Keine Einschränkung des Auskunftsrechts des wirtschaftlich Berechtigten durch Art. 47 BankG	222
E.	Zusammenfassung	225
V.	Weitere Einschränkungsgründe für das Auskunftsrecht des wirtschaftlich Berechtigten	226
A.	Einschränkung der Auskunft gestützt auf überwiegende Interessen Dritter	227
B.	Einschränkung der Auskunft wegen offensichtlicher Unbegründetheit oder Querulanz des Auskunftsgesuchs	229

C.	Einschränkung der Auskunft gestützt auf überwiegende Interessen der Bank.....	232
D.	Zusammenfassung	232
VI.	Tauglichkeit des Auskunftsrechts für die Erfüllung der einzelnen Informationsbedürfnisse	233
A.	Informationsbeschaffung zwecks aktiver Einflussnahme auf die Bankbeziehung	233
B.	Kompensation eines gestörten Informationsflusses im Innenverhältnis	236
C.	Informationelle Selbstbestimmung	238
D.	Beweismittelbeschaffung.....	239
E.	Kenntnis der GwG-Beurteilung seitens der Bank.....	242
F.	Zusammenfassung	244
VII.	Ergebnisse zum 3. Teil.....	245
4. Teil:	Schlussfolgerungen	249

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XXV
Materialienverzeichnis	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	XLVII

Einleitung	1
-------------------------	----------

1. Teil: Der wirtschaftlich Berechtigte und seine Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung	5
--	----------

I. Phänomen der wirtschaftlichen Berechtigung und seine geldwäschererechtliche Erfassung	5
---	----------

A. Mögliche Divergenz von rechtlicher und wirtschaftlicher Zuordnung von Vermögenswerten	6
1. Zwei Beispiele möglicher Erscheinungsformen	6
a. Treuhand	6
b. Trust	7
2. Mögliche Motive für eine Aufspaltung von rechtlicher und wirtschaftlicher Zuordnung von Vermögenswerten	9
B. Pflicht der Bank zur Feststellung und Überprüfung des wirtschaftlich Berechtigten	9
C. Begriff(e) des wirtschaftlich Berechtigten	12
1. Der wirtschaftlich Berechtigte an operativ tätigen juristischen Personen oder Personengesellschaften	12
2. Der wirtschaftlich Berechtigte an Vermögenswerten	14
D. Zusammenfassung	16

II. Dreiecksverhältnis zwischen Bank, Kundin und wirtschaftlich Berechtigtem	16
---	-----------

A. Vertragsverhältnis zwischen Bank und Kundin	17
B. Innenverhältnis zwischen Kundin und wirtschaftlich Berechtigtem	17
1. Verhältnis zwischen einem operativ tätigen Rechtsträger und seinem wirtschaftlich Berechtigten	18
a. Direkte Beteiligung: Gesellschaftsrechtliches Verhältnis	18
b. Indirekte Beteiligung: Faktisches Verhältnis	18

c.	Kontrolle «auf andere Weise»: Rechtliches oder faktisches Verhältnis	19
2.	Verhältnis zwischen der Kundin und dem wirtschaftlich Berechtigten an Vermögenswerten	20
a.	Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten.....	20
b.	Verwendung von Sitzgesellschaften.....	21
c.	Wirtschaftliche Berechtigung kraft Gesetzes?.....	23
3.	Grundlagen allfälliger Handlungsbefugnisse des wirtschaftlich Berechtigten im Aussenverhältnis.....	24
C.	Aussenverhältnis zwischen Bank und wirtschaftlich Berechtigtem.....	25
1.	Grundsatz: Keine privatrechtliche Relevanz des wirtschaftlich Berechtigten für die Bank	25
a.	Kein Vertrag.....	26
b.	Kein Vertrag zugunsten Dritter	26
c.	Keine Vertrauenshaftung.....	26
d.	Kein Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	27
e.	Keine Befugnis zur Vertretung der Kundin	28
f.	Keine Pflicht der Bank zur Kontaktierung des wirtschaftlich Berechtigten	28
2.	«Unechte» Ausnahmen: Privatrechtliche Relevanz des wirtschaftlich Berechtigten kraft besonderer Rechtsgestaltung	29
a.	Separater Vertrag zwischen der Bank und dem wirtschaftlich Berechtigten	30
b.	Rechteeinräumung mittels Vertrages zugunsten Dritter	31
c.	Organstellung oder Vollmacht des wirtschaftlich Berechtigten	31
aa.	Organstellung des wirtschaftlich Berechtigten.....	32
bb.	Vollmacht des wirtschaftlich Berechtigten.....	32
3.	«Echte» Ausnahmen: Privatrechtliche Relevanz des wirtschaftlich Berechtigten für die Bank	34
a.	Zurechnung des Wissens bzw. pflichtwidrigen Nichtwissens um den wirtschaftlich Berechtigten.....	34
b.	Durchgriff.....	36
c.	Ausservertragliche Ansprüche.....	37
aa.	Erstes Beispiel: Haftung aus unerlaubter Handlung.....	38
bb.	Zweites Beispiel: Anwendbarkeit des Datenschutzgesetzes.....	40
4.	Exkurs: Tangierung der Bank durch Normen zum Schutz Dritter mit Bezug zum wirtschaftlich Berechtigten (Auswahl).....	40
a.	Auskunftsanspruch des Ehegatten oder eingetragenen Partners des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank.....	41
b.	Auskunftsansprüche der Erben des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank.....	41
aa.	Kein vertraglicher Auskunftsanspruch.....	41

bb. Erbrechtlicher Auskunftsanspruch.....	42
cc. Neues Recht: Keine Auskunft über Daten Verstorbener.....	43
c. Rechtsdurchsetzung Dritter gegenüber dem wirtschaftlich Berechtigten	44
aa. Grundsatz: Trennung der Rechtssphären	44
bb. Ausnahmsweiser Zugriff von Gläubigern des wirtschaftlich Berechtigten auf das Vermögen der Bankkundin	44
cc. Tangierung der Bank	46
D. Zusammenfassung	46
III. Informationsbeschaffung durch den wirtschaftlich Berechtigten	48
A. Regelfall: Informationsbeschaffung im Innenverhältnis.....	48
1. Beispiel: Treuhänderische Vermögensverwaltung	49
2. Beispiel: Gesellschaft mit fiduziarischer Verwaltungsrätin	50
B. Informationsbeschaffung im Aussenverhältnis.....	51
1. Mögliche Motive des wirtschaftlich Berechtigten für eine Informationsbeschaffung im Aussenverhältnis	51
a. Aktive Einflussnahme auf die Bankbeziehung	51
b. Kompensation eines gestörten Informationsflusses im Innen- verhältnis	51
c. Informationelle Selbstbestimmung	53
d. Beweismittelbeschaffung	53
e. Kenntnis der GwG-Beurteilung seitens der Bank.....	54
2. Vertragliche Auskunftsansprüche des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank	55
a. Regelfall: Kein vertraglicher Auskunftsanspruch des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank.....	55
b. Erste Ausnahme: Auskunftsanspruch aus eigenem Vertrag mit der Bank	55
c. Zweite Ausnahme: Auskunftsanspruch des wirtschaftlich Berechtigten aus dem Vertrag zwischen Bank und Kundin.....	56
d. Tauglichkeit eines vertraglichen Auskunftsanspruchs zur Erfüllung der verschiedenen Informationsbedürfnisse des wirtschaftlich Berechtigten	58
aa. Aktive Einflussnahme auf die Bankbeziehung	58
bb. Kompensation eines gestörten Informationsflusses im Innen- verhältnis	59
cc. Informationelle Selbstbestimmung	59
dd. Beweismittelbeschaffung	60
ee. Kenntnis der GwG-Beurteilung seitens der Bank	60
3. Wahrnehmung vertraglicher Auskunftsansprüche für die Kundin	60

a.	Grundsatz: Keine Befugnis zur Wahrnehmung von Auskunftsansprüchen für die Kundin	61
b.	Ausnahme: Organstellung oder Vollmacht des wirtschaftlich Berechtigten	61
c.	Tauglichkeit einer Organstellung oder Vollmacht zur Erfüllung der verschiedenen Informationsbedürfnisse des wirtschaftlich Berechtigten	62
aa.	Aktive Einflussnahme auf die Bankbeziehung	62
bb.	Kompensation eines gestörten Informationsflusses im Innenverhältnis	62
cc.	Informationelle Selbstbestimmung	62
dd.	Beweismittelbeschaffung.....	63
ee.	Kenntnis der GwG-Beurteilung seitens der Bank	63
4.	Informationsbeschaffung gestützt auf Art. 72 FIDLEG	63
a.	Keine Kundeneigenschaft des wirtschaftlich Berechtigten nach FIDLEG.....	64
b.	Keine Erfassung des wirtschaftlich Berechtigten vom Schutzzweck von Art. 72 FIDLEG	65
c.	Möglichkeit der Wahrnehmung des Anspruchs der Kundin bei Organstellung oder Vollmacht.....	66
d.	Tauglichkeit des Anspruchs nach Art. 72 FIDLEG zur Erfüllung der verschiedenen Informationsbedürfnisse des wirtschaftlich Berechtigten	67
5.	Ehe- bzw. partnerschaftsrechtlicher Auskunftsanspruch des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank	67
6.	Informationsbeschaffung gestützt auf Prozessrecht	68
a.	Informationsbeschaffung im Zivilprozess	68
b.	Informationsbeschaffung im Strafprozess	69
c.	Informationsbeschaffung im Verwaltungsverfahren	70
7.	Informationsbeschaffung gestützt auf Datenschutzrecht als Lösung?	70
a.	Recht auf Datenherausgabe (Art. 28 Abs. 1 nDSG)	71
b.	Datenschutzrechtliches Auskunftsrecht (Art. 25 nDSG)	71
C.	Zusammenfassung	72
IV.	Ergebnisse zum 1. Teil.....	74
2. Teil: Grundlagen des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts		79
I.	Personendaten.....	79
A.	Angaben	80
B.	Personenbezug.....	81

1.	Verständnis der schweizerischen herrschenden Lehre und Rechtsprechung ...	81
2.	Erweiterung um ein Zweck- und ein Ergebniselement?	82
C.	Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit	85
1.	Begriffe	86
a.	Bestimmtheit und Bestimmbarkeit	86
b.	Anonymisierung	86
c.	Pseudonymisierung	88
2.	Massgebliche Zusatzinformationen für die Beurteilung der Bestimmbarkeit	88
a.	Dimensionen des Lehrstreits (Überblick)	89
b.	Rechtsprechung zur massgeblichen Beurteilungsperspektive	91
aa.	Der Logistep-Entscheid (BGE 136 II 508)	91
bb.	Rezeption	92
cc.	Würdigung	93
dd.	Neuere Rechtsprechung	94
ee.	Fazit	94
c.	Rechtsprechung zur Wahrscheinlichkeit der Identifikation	95
d.	Rechtsprechung zum zeitlichen Beurteilungshorizont	95
D.	Zusammenfassung	96
II.	Bedeutung, Systematik und Zweck des datenschutzrechtlichen	
	Auskunftsrechts	97
A.	Bedeutung des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	97
B.	Systematische Einordnung des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	98
1.	Das datenschutzrechtliche Auskunftsrecht als Doppelnorm	98
2.	Das datenschutzrechtliche Auskunftsrecht gegenüber Bundesorganen	99
3.	Das datenschutzrechtliche Auskunftsrecht gegenüber Privaten	99
C.	Zweck des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	101
D.	Zusammenfassung	101
III.	Anwendungsbereich des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts	102
A.	Persönliche Anwendbarkeit	102
1.	Auskunftsberechtigte	102
2.	Auskunftspflichtige	103
B.	Sachliche Anwendbarkeit	103
1.	Anwendbarkeit auf die Bearbeitung von Personendaten	103
2.	Ausnahmen vom Anwendungsbereich	104
C.	Räumliche Anwendbarkeit	105
D.	Zusammenfassung	107

IV. Gegenstand der Auskunft	107
A. «Ob» der Personendatenbearbeitung	107
B. Mindestinhalt der Auskunft	108
1. Identität und Kontaktdaten des Verantwortlichen	108
2. Bearbeitete Personendaten «als solche»	108
a. Massgebliche Beurteilungsperspektive: Keine Zurechnung des Empfängerwissens	109
b. Bedeutung des Zusatzes «als solche»	111
aa. Hintergrund: Streit um Recht auf Kopien	111
bb. Ziel: Erfassung der Personendaten und nicht der gesamten Dokumentation	112
3. Bearbeitungszweck	113
4. Aufbewahrungsdauer oder Berechnungskriterien	113
5. Herkunftsangaben	114
6. Vorliegen einer automatisierten Einzelentscheidung und deren Logik	114
7. Empfänger(kategorien) und Modalitäten einer Bekanntgabe ins Ausland	115
C. Generalklausel	115
1. Zwecke	116
2. Modalitäten des Erhalts zusätzlicher Informationen	116
D. Zusammenfassung	118
V. Einschränkung der datenschutzrechtlichen Auskunft	119
A. Einschränkungsnorm	120
1. Erste Anforderung: Genügende Normstufe	120
2. Zweite Anforderung: Genügende Normdichte	121
a. Ansichten der Lehre	121
b. Stand der Rechtsprechung	122
c. Eigene Analyse der Anforderungen an die Normdichte einer Einschränkungsnorm	123
aa. Grammatikalische Auslegung	123
bb. Systematische Auslegung	124
cc. Historische Auslegung	126
dd. Teleologische Auslegung	126
d. Zwischenfazit	127
3. Dritte Anforderung: Normenkonflikt mit dem datenschutzrechtlichen Auskunftsrecht	128
a. Identität der Normadressaten	128
b. Identität der Regelungsgegenstände	130
c. Widerspruch zum datenschutzrechtlichen Auskunftsrecht	130
4. Fazit	131

B.	Überwiegende Interessen Dritter	132
C.	Offensichtlich unbegründetes oder offensichtlich querulatorisches Auskunftsgesuch.....	133
1.	Bisheriges Recht: Grenze des Rechtsmissbrauchs	134
a.	Rechtsmissbrauch nach Art. 2 Abs. 2 ZGB	134
b.	Fallgruppen rechtsmissbräuchlicher Auskunftsgesuche	134
c.	Hohe Anforderungen in BGE 138 III 425	135
aa.	BGE 138 III 425 und die Kritik der Lehre	135
bb.	Relativierung dieser Kritik	136
d.	Klarstellung in BGer 4A_277/2020.....	139
e.	Problematik des Vorschiebens von Datenschutzgründen	139
2.	Revidiertes Recht: Neue Einschränkungsgründe.....	140
a.	Offensichtliche Unbegründetheit des Auskunftsbegehrens	140
aa.	Rezeption in der Lehre.....	141
bb.	Eigene Analyse.....	141
	(1) Grammatikalische Auslegung	141
	(2) Systematische Auslegung	142
	(3) Historische Auslegung	143
	(4) Teleologische Auslegung	145
cc.	Fazit	146
b.	Offensichtlich querulatorische Auskunftsbegehren	146
D.	Überwiegendes Interesse des privaten Verantwortlichen	146
1.	Erfordernis der Schutzwürdigkeit der Interessen?.....	147
2.	Abwägung der Interessen	148
3.	Voraussetzung: Keine Bekanntgabe an Dritte.....	149
E.	Zusammenfassung	149
VI.	Modalitäten und Durchsetzung des Auskunftsrechts	150
A.	Anforderungen an das Auskunftsbegehren	150
1.	Adressat des Auskunftsbegehrens	150
2.	Form des Auskunftsbegehrens	151
3.	Mitwirkung bei der Identifizierung	151
4.	Inhalt des Auskunftsbegehrens	152
B.	Modalitäten der Auskunftserteilung	153
1.	Regelfrist von 30 Tagen	153
2.	Form der Auskunftserteilung	153
3.	Grundsatz der Kostenlosigkeit	154
4.	Möglichkeit der Mitteilung durch Gesundheitsfachperson	154
C.	Gerichtliche Durchsetzung des Auskunftsrechts gegenüber Privaten.....	155
1.	Reine Binnensachverhalte	155

2. Internationale Sachverhalte.....	155
D. Zusammenfassung	156
VII. Ergebnisse zum 2. Teil.....	157

3. Teil: Auskunftsrecht des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank nach Art. 25 nDSG..... 161

I. Anwendbarkeit des Auskunftsrechts zwischen der Bank und dem wirtschaftlich Berechtigten	162
A. Persönliche und sachliche Anwendbarkeit	162
1. Grundsatz: Anwendbarkeit des Auskunftsrechts.....	162
2. Ausnahme: Bearbeitung von Personendaten ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch.....	162
3. Ausnahme: Verdrängung des Auskunftsrechts durch das anwendbare Verfahrensrecht.....	163
a. Gerichtsverfahren zwischen der Bank und dem wirtschaftlich Berechtigten	163
b. Anwendbarkeit des Auskunftsrechts im vorprozessualen Stadium	163
c. Gerichtsverfahren zwischen der Bank und der Kundin	164
B. Räumliche Anwendbarkeit des Auskunftsrechts	165
1. Reine Binnensachverhalte	165
2. Internationale Sachverhalte.....	165
a. Vorfrage: Zuständigkeit eines Schweizer Gerichts.....	165
b. Anwendbarkeit des schweizerischen Auskunftsrechts im internationalen Verhältnis	166
aa. Bank im Ausland, wirtschaftlich Berechtigter in der Schweiz.....	167
bb. Bank in der Schweiz, wirtschaftlich Berechtigter im Ausland	167
cc. Bank im Ausland, Erfolgsort in der Schweiz.....	167
C. Zusammenfassung	168
II. Gegenstand des Auskunftsrechts des wirtschaftlich Berechtigten	168
A. Bearbeitete Personendaten des wirtschaftlich Berechtigten (Auswahl).....	169
1. Personendatenbearbeitungen gestützt auf Geldwäschereirecht	170
a. Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten	170
aa. Personalien des wirtschaftlich Berechtigten	170
bb. Bezeichnung als wirtschaftlich Berechtigter	171
cc. Konto-/Depotnummer	171
dd. Angaben zur Kundin	172
ee. Weitere Angaben zum Innenverhältnis.....	173
b. Überprüfung des wirtschaftlich Berechtigten	174

c.	Gründe für die Verwendung von Sitzgesellschaften.....	174
d.	Abklärungen im Rahmen der «besonderen Sorgfaltspflichten»	175
aa.	Risikoklassifizierung der Geschäftsbeziehung.....	175
bb.	Informationen über Transaktionen mit erhöhten Risiken	176
cc.	Zusätzliche Abklärungen nach Art. 6 Abs. 2 GwG.....	176
2.	Personendatenbearbeitungen gestützt auf FIDLEG.....	177
3.	Personendatenbearbeitungen bei Dienstleistungserbringung	178
a.	Informationen in Verträgen	178
b.	Vollmachten, Unterschriftskarten und weitere Kontaktdaten	179
c.	Konto- und Depotinformationen inklusive Transaktionen	180
d.	Kundenprofil	181
e.	Anlagestrategie.....	182
f.	Kreditprüfungen	182
g.	Weisungen.....	182
h.	Kontakte zum wirtschaftlich Berechtigten, zur Kundin und zu Dritten	183
i.	Informationen in «rein internen Dokumenten».....	183
B.	Weitere erfasste Informationen.....	185
1.	Identität und Kontaktdaten des Verantwortlichen	185
2.	Bearbeitungszweck	185
3.	Aufbewahrungsdauer oder Kriterien für deren Festlegung	186
4.	Herkunftsangaben	187
5.	Vorliegen einer automatisierten Einzelentscheidung und deren Logik	188
6.	Empfänger(kategorien) und Modalitäten einer Bekanntgabe ins Ausland	188
7.	Über den Mindestinhalt hinausgehende notwendige Informationen	189
C.	Zusammenfassung	190
III.	Einschränkung des Auskunftsrechts durch Art. 10a Abs. 1 GwG	191
A.	Art. 10a Abs. 1 GwG als Einschränkungsnorm	191
B.	Umfang der Einschränkung des Auskunftsrechts des wirtschaftlich Berechtigten durch Art. 10a Abs. 1 GwG.....	193
1.	Umfang des Informationsverbots	193
2.	Zeitliche Geltung des Informationsverbots	194
3.	Folgerungen	194
C.	Zusammenfassung	195
IV.	Einschränkung des Auskunftsrechts durch das Bankgeheimnis	196
A.	Problematik der Tauglichkeit von Art. 47 BankG als Einschränkungsnorm	196
1.	Problematik.....	196
2.	Stand von Lehre und Rechtsprechung.....	198

a.	Standpunkte in der Lehre.....	198
b.	Stand der Rechtsprechung.....	199
B.	Prüfung: Art. 47 BankG als Einschränkungsnorm?.....	200
1.	Genügende Normstufe von Art. 47 BankG.....	200
2.	Genügende Normdichte von Art. 47 BankG.....	200
3.	Normenkonflikt mit dem datenschutzrechtlichen Auskunftsrecht.....	201
a.	Identität der Normadressaten.....	201
b.	Identität der Regelungsgegenstände.....	202
c.	Widerspruch zwischen Art. 47 BankG und dem datenschutz- rechtlichen Auskunftsrecht.....	202
aa.	Auskunftsbegehren der Kundin.....	203
bb.	Auskunftsbegehren eines Organs der Kundin.....	203
cc.	Auskunftsbegehren eines Bevollmächtigten der Kundin.....	204
dd.	Auskunftsbegehren eines Dritten.....	204
ee.	Aufhebung des Bankgeheimnisses im Einzelfall.....	204
(1)	Einwilligung der Geheimnisherrin.....	205
(2)	Gesetz.....	207
(3)	Interessenvorrang.....	207
(4)	Kombination verschiedener Aufhebungsgründe.....	209
(5)	Folgerungen.....	210
4.	Zwischenfazit.....	210
C.	Umfang der Einschränkung des Auskunftsrechts des wirtschaftlich Berechtigten durch Art. 47 BankG.....	212
1.	Grundsatz: Bankgeheimnisschutz sämtlicher Informationen nach Kapitel II dieses Teils.....	212
2.	Auskunft über bereits bekannte Informationen im Besonderen.....	213
3.	Informationen ausschliesslich betreffend den wirtschaftlich Berechtigten im Besonderen.....	216
a.	Zulässigkeit der Bekanntgabe von Informationen ausschliesslich betreffend den wirtschaftlich Berechtigten.....	217
b.	Problematik der Rückschlussmöglichkeit auf die Kundin.....	218
aa.	Rückschlussmöglichkeit bedeutet Bestimmbarkeit.....	218
bb.	Bestimmbarkeit der Kundin aus Sicht des wirtschaftlich Berechtigten.....	221
4.	Zwischenfazit.....	222
D.	Ausnahmsweise: Keine Einschränkung des Auskunftsrechts des wirtschaftlich Berechtigten durch Art. 47 BankG.....	222
1.	Hauptanwendungsfall: Einwilligung der Geheimnisherrin.....	222
2.	Überwiegendes Interesse <i>der Bank</i> an der Auskunftserteilung an den wirtschaftlich Berechtigten.....	223

3.	Nicht ausreichend: Überwiegendes Interesse des wirtschaftlich Berechtigten an einer Auskunftserteilung	223
4.	Weitere Aufhebungsgründe.....	224
5.	Zwischenfazit	225
E.	Zusammenfassung	225
V.	Weitere Einschränkungsründe für das Auskunftsrecht des wirtschaftlich Berechtigten	226
A.	Einschränkung der Auskunft gestützt auf überwiegende Interessen Dritter	227
B.	Einschränkung der Auskunft wegen offensichtlicher Unbegründetheit oder Querulanz des Auskunftsgesuchs	229
1.	Offensichtlich unbegründetes Auskunftsgesuch	229
2.	Offensichtlich querulatorisches Auskunftsgesuch.....	231
C.	Einschränkung der Auskunft gestützt auf überwiegende Interessen der Bank.....	232
D.	Zusammenfassung	232
VI.	Tauglichkeit des Auskunftsrechts für die Erfüllung der einzelnen Informationsbedürfnisse	233
A.	Informationsbeschaffung zwecks aktiver Einflussnahme auf die Bankbeziehung	233
1.	Erfassung der relevanten Informationen vom Auskunftsrecht	233
2.	Relevante Einschränkungsründe	234
3.	Fazit	235
B.	Kompensation eines gestörten Informationsflusses im Innenverhältnis	236
1.	Erfassung der relevanten Informationen vom Auskunftsrecht	236
2.	Relevante Einschränkungsründe	236
3.	Fazit	237
C.	Informationelle Selbstbestimmung	238
1.	Erfassung der relevanten Informationen vom Auskunftsrecht	238
2.	Relevante Einschränkungsründe	238
3.	Fazit	239
D.	Beweismittelbeschaffung.....	239
1.	Vorfrage: Anwendbarkeit des Datenschutzgesetzes.....	239
2.	Erfassung der relevanten Informationen vom Auskunftsrecht	239
3.	Relevante Einschränkungsründe	240
4.	Fazit	241
E.	Kenntnis der GwG-Beurteilung seitens der Bank.....	242
1.	Erfassung der relevanten Informationen vom Auskunftsrecht	242
2.	Relevante Einschränkungsründe	242

Inhaltsverzeichnis

3. Fazit	244
F. Zusammenfassung	244
VII. Ergebnisse zum 3. Teil.....	245
4. Teil: Schlussfolgerungen	249